

Knipper, Michael; Wissmann, Matthias; Tillmann, Utz; Mittelbach, Klaus; Wiechers, Ralph

Article — Published Version

Die Erwartungen der Wirtschaft für 2013

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Knipper, Michael; Wissmann, Matthias; Tillmann, Utz; Mittelbach, Klaus; Wiechers, Ralph (2013) : Die Erwartungen der Wirtschaft für 2013, Wirtschaftsdienst, ISSN 1613-978X, Springer, Heidelberg, Vol. 93, Iss. 1, pp. 7-18, <https://doi.org/10.1007/s10273-013-1471-y>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/110284>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Erwartungen der Wirtschaft für 2013

Prognosen lassen erwarten, dass das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2013 um weniger als 1% wachsen wird. Die Industrie ist insgesamt zuversichtlicher, nur die Autoindustrie rechnet nicht mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten. Trotz der europäischen Schuldenkrise und der nachfolgenden Rezession in den Schuldnerstaaten erwarten die Bau-, Chemie- und Elektroindustrie ein Wachstum von 1,5%, der Maschinenbau geht sogar von 2% aus.

Michael Knipper

Die Erwartungen der Bauindustrie für das Jahr 2013

Das deutsche Bauhauptgewerbe hat sich 2012 der allgemeinen konjunkturellen Abschwächung nicht entziehen können. Die baugewerblichen Umsätze sind – nach dem Rekordjahr 2011 – nominal um rund 1,5% gestiegen. Verantwortlich hierfür ist die schwächere Entwicklung im zweiten Halbjahr. Damit wurde die Prognose vom Jahresbeginn leicht unterschritten.

Diese Entwicklung ist auch auf Sonderfaktoren zurückzuführen. Nachdem 2011 der Bau von guten Witterungsbedingungen profitiert hatte, sorgten im Februar und Dezember 2012 Schnee und Minusgrade für ein Erliegen der Bauproduktion vor allem im Tiefbau. Zudem machte sich das Auslaufen der Konjunkturprogramme schmerzlich bemerkbar.

Trotz des nur geringen Wachstums war die Stimmung in der Branche zum Jahresende noch gut. Die aktuelle Geschäftslage wurde – gemessen am langjährigen Durchschnitt – positiv beurteilt und erreichte nahezu exakt die Werte vom Jahresende 2011. Gleiches gilt für die Geschäftserwartungen, die sich zum Jahresende allerdings wieder um den Durchschnittswert einpendelten.

Positiv entwickelte sich auch die Beschäftigung im Bauhauptgewerbe. Die Branche steigerte 2012 die Zahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt um 1,5% auf 745 000. Die Zahl der arbeitslosen Baufacharbeiter ging im Jahresdurchschnitt nochmals um 8% zurück und die Firmen melden vermehrt Schwierigkeiten bei der Stellenbesetzung. Besonders augenscheinlich ist dies bei den Bauingenieuren, für die zum Jahresende 2500 Arbeitslose und 1600 offene Stellen gemeldet wurden. Da nur ein kleiner Teil der offenen Bauingenieursstellen den Arbeitsagenturen gemeldet wird, zeigen sich hier besonders deutlich die Probleme der Branche, qualifiziertes Personal einzustellen.

Baujahr 2013: leichtes Wachstum in Reichweite

Die Rahmenbedingungen für die Baubranche im laufenden Jahr sind derzeit nur schwer einzuschätzen. Die Erwartun-

gen der Wirtschaftsforschungsinstitute an das Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes für 2013 wurden im vergangenen Jahr sukzessive zurückgenommen und lagen zum Jahresende nur noch zwischen 0,3% und 0,7%. Zudem stehen die Prognosen unter dem Vorbehalt, dass es gelingt, die europäische Staatsschuldenkrise unter Kontrolle zu behalten, und dass die deutsche Wirtschaft nicht in den Abwärtsstrudel der meisten anderen Euroländer gerissen wird. Positiv zu bewerten ist allerdings, dass auch im laufenden Jahr keine Kreditklemme für die gewerbliche Wirtschaft droht und durch die anhaltend niedrigen Zinsen die Investitionstätigkeit nicht belastet wird.

Wohnungsbau

Wie bereits in den beiden Vorjahren hat auch 2013 der Wohnungsbau die besten Wachstumschancen. Alle Vorlaufindikatoren zeigen unverändert positive Signale:

- Genehmigte Wohnungen Januar bis Oktober 2012: +7%,
- Auftragseingang Januar bis Oktober 2012: +11%,
- Auftragsbestand Ende September 2012: +9%.

Zum Jahresbeginn 2013 wird nicht damit gerechnet, dass sich die günstigen Rahmenbedingungen (historisch niedrige Zinssätze, reale Einkommenszuwächse, hohes Beschäftigungsniveau bei niedriger Arbeitslosigkeit) im Jahresverlauf spürbar verschlechtern werden. Zudem profitiert der Wohnungsbau auch im neuen Jahr von den anhaltenden Turbulenzen auf den Kapitalmärkten. Viele Investoren aus dem In- und Ausland werden weiterhin eine Anlage in wertbeständige Immobilien in Deutschland bevorzugen.

Von dieser Entwicklung profitiert vor allem der Geschosswohnungsbau (Miet- wie Eigentumswohnungen), der deut-

lich stärker zulegen wird als der Eigenheimbau. Wir gehen heute davon aus, dass die Zahl aller fertiggestellten Wohnungen 2013 um 12% auf 235 000 Einheiten steigen wird. Der Wohnungsbau wird somit das Zugpferd der baukonjunkturellen Entwicklung bleiben. Die nominalen Umsätze dürften nochmals um 6% zulegen.

Wirtschaftsbau

Unsicherer ist dagegen die Erwartungshaltung für den Wirtschaftsbau. Zwar haben sich auch in dieser Bauparte – trotz der im Jahresverlauf erfolgten konjunkturellen Abschwächung – die Vorlaufindikatoren 2012 noch relativ positiv entwickelt:

- Baugenehmigungen (Baukosten) Januar bis Oktober: +10%,
- Auftragseingang Januar bis Oktober: +7%,
- Auftragsbestand Ende September: +2%.

Allerdings zeigten sich im Herbst erste Schwächetendenzen, die Baugenehmigungen gingen im September und Oktober mit zweistelligen Raten gegenüber dem Vorjahr zurück. Ganz offensichtlich haben hier die Wachstumschwäche der deutschen Wirtschaft im Spätherbst und die gedämpften Konjunkturerwartungen für 2013 ihre Spuren hinterlassen. Allerdings hat es bisher noch keine Auftragsstornierungen gegeben, so dass das Abarbeiten der relativ hohen Auftragsbestände die Kapazitäten noch einige Zeit auslasten wird.

Für den weiteren Jahresverlauf wird es entscheidend davon abhängen, ob die deutsche Wirtschaft – nach einem erwarteten schwachen ersten Quartal – im weiteren Jahresverlauf wieder „Tritt fasst“ und dass auch die gewerbliche Wirtschaft das schwächere Wirtschaftswachstum nur als „Delle“ interpretiert und seine langfristigen Investitionspläne am Standort Deutschland nicht revidiert. In diesem Fall erscheint 2013 im Wirtschaftsbau ein nominales Wachstum der baugewerblichen Umsätze von 1% bis 2% möglich.

Öffentlicher Bau

Der Öffentliche Bau zeigte 2012 eine enttäuschende Entwicklung, der Bund konnte die Investitionszurückhaltung der Kommunen nicht ausgleichen. Zudem gab es im Jahresverlauf höchst unterschiedliche Signale. Dies zeigt sich auch schon bei den Vorlaufindikatoren:

- Baugenehmigungen (Baukosten) Januar bis Oktober: -6%,

- Auftragseingang Januar bis Oktober: +10%,
- Auftragsbestand Ende September 2012: -1%.

Zudem war die Entwicklung auch nicht einheitlich; die Auftragseingänge legten in der ersten Jahreshälfte zu und gingen danach deutlich zurück, während die Baugenehmigungen in der zweiten Jahreshälfte anstiegen. Außerdem war die positive Entwicklung im Auftragseingang nahezu ausschließlich dem Tiefbau zu verdanken.

Die finanzpolitischen Rahmenbedingungen stellen sich 2013 relativ positiv dar. Die Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften sollen nochmals um 13 Mrd. Euro zulegen und den neuen Rekordwert von 587 Mrd. Euro erreichen. Allerdings ist zu befürchten, dass die Kommunen den zunehmenden Finanzierungsspielraum dazu nutzen, eher Schulden abzubauen als in Baumaßnahmen zu investieren.

Hilfreich für die Branche ist die Entscheidung des Bundes, die Investitionen in die Verkehrswege im laufenden Jahr um 600 Mio. Euro aufzustocken. Diese Investitionen kommen nahezu ausschließlich dem Bauhauptgewerbe zu Gute und tragen zur Stabilisierung von Nachfrage und Produktion bei. Insgesamt dürften die Ausgaben des Bundes für Baumaßnahmen nahezu wieder den Rekordwert des Jahres 2009 von 6,8 Mrd. Euro erreichen.

Dennoch müssen wir aus heutiger Sicht davon ausgehen, dass vor allem aufgrund der kommunalen Investitionszurückhaltung die Umsätze des Bauhauptgewerbes im Öffentlichen Bau 2013 nochmals um nominal 1% bis 2% zurückgehen werden.

Für die Branche insgesamt bedeutet dies, dass – vor allem aufgrund der weiterhin expansiven Entwicklung im Wohnungsbau – 2013 ein nominales Wachstum der Umsätze von etwa 1,5% verbucht werden kann. Für den Bauarbeitsmarkt ist nach dem Beschäftigungsaufbau der beiden Vorjahre mit einer Stabilisierung der Baubelegschaften zu rechnen.

Die Politik in der Pflicht

Angesichts der labilen Rahmenbedingungen kommt im Bundestagswahljahr 2013 der Politik eine besondere Verantwortung zur Stabilisierung der baukonjunkturellen Entwicklung zu. Unsere Forderungen konzentrieren sich vor allem auf folgende Bereiche:

1. Ganz oben auf der Agenda steht für uns die Energiewende. Hier müssen wir 2013 deutlich besser werden. Während wir beim Zubau erneuerbarer Energien ä-

berst erfolgreich sind, bleiben wir bei der Netzinfrastruktur ebenso deutlich hinter dem Zeitplan zurück. Daher muss 2013 der Netzausbau höchste Priorität haben. Von mehr als 3600 km notwendiger neuer Höchstspannungsleitungen sind in den vergangenen Jahren gerade einmal rund 200 km fertiggestellt worden. Auch dass der jetzt vorgelegte Entwurf des Netzentwicklungsplans keine konkreten Strecken enthält, ist eine Hürde für die Realisierung des Netzausbaus. Die Möglichkeiten alternativer Trassenführung bzw. von Erdverkabelung zu prüfen, ist aber ein wichtiger Baustein, um gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen und die Kosten in einem vertretbaren Rahmen zu halten.

2. Für die anhaltende Unterfinanzierung der Investitionslinie Verkehr des Bundes muss spätestens in der nächsten Legislaturperiode eine Lösung gefunden werden. Schon jetzt zeigen sich durch die jahrelange Vernachlässigung gravierende Mängel. Die kürzliche Sperrung der Rheinbrücke bei Leverkusen für den Lkw-Verkehr beweist dies nur zu deutlich. Wie von Bundesverkehrsminister Ramsauer gefordert, müssen die Verkehrsinvestitionen des Bundes dauerhaft auf mindestens 14 Mrd. Euro pro Jahr angehoben werden. Nur auf diesem Weg kann es uns gelingen, im Produktions- und Transitland Deutschland langfristig die Qualität der Verkehrsinfrastruktur zu erhalten und die notwendigen Ausbaumaßnahmen vorzunehmen. Angesichts der begrenzten staatlichen Mittel, vor allem mit Blick auf die Schuldenbremse, geht in der neuen Legislaturperiode kein Weg daran vorbei, die Verkehrswegefinanzierung von der Haushaltsfinanzierung auf eine Nutzerfinanzierung umzustellen. Hierzu gehört es auch, vorurteilsfrei über die Einführung einer Pkw-Maut nachzudenken.
3. Erhebliche Finanzierungsprobleme gibt es aber auch im kommunalen Verkehrsbereich, wo ein Investitionsstau von 25 Mrd. Euro aufgelaufen ist. Im Entflechtungsgesetz wurde festgelegt, dass der Bund den Ländern noch bis einschließlich 2013 Kompensationszahlungen für die Beendigung der Finanzhilfen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden leistet. Für den Zeitraum bis 2019 müssen Bund und Länder nun eine Anschlussvereinbarung treffen. Diese sollte noch vor der Bundestagswahl in „trockene Tücher“ gebracht werden und eine Aufstockung der Mittel für die kommunale Verkehrsinfrastruktur enthalten. Viele Maßnahmen auf kommunaler Ebene sind mehrjährig angelegt und die Gemeinden benötigen schnellstmöglich Planungssicherheit über die Höhe der ihnen ab 2014 zufließenden Mittel.
4. Der Wohnungsbau spiegelt aktuell zwei Trends wider: Zum einen werden Immobilien als sichere Kapitalan-

Die Autoren des Zeitgesprächs



Michael Knipper ist Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie in Berlin.



Matthias Wissmann ist Präsident des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) in Berlin.



Dr. Utz Tillmann ist Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI) in Frankfurt am Main.



Dr. Klaus Mittelbach ist Vorsitzender der Geschäftsführung des ZVEI – Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie in Frankfurt am Main.



Dr. Ralph Wiechers ist Leiter der Abteilung Volkswirtschaft und Statistik des Verbandes Deutscher Maschinen und Anlagenbau e.V. (VDMA) in Frankfurt am Main.

lage von Anlegern weiterhin gesucht – hier entstehen vor allem Wohnungen im mittleren oder höherpreisigen Marktsegment. Zum anderen zieht es Familien wieder in die Städte. Sie suchen vornehmlich preisgünstigen Wohnraum, der aber in vielen Ballungsgebieten fehlt. In diesem Zusammenhang sollten wir auch – zumin-

dest auf der Ebene der Bundesländer und dort für die besonders belasteten Ballungsräume – über eine teilweise Renaissance des sozialen Wohnungsbaus nachdenken. Auch hier ist eine Fortschreibung der durch das Entflechtungsgesetz nur bis 2013 garantierten Bundesmittel von jährlich 518 Mio. Euro dringend geboten.

Matthias Wissmann

2013 wird ein forderndes Arbeitsjahr

Das Jahr 2012 hatte für die deutsche Automobilindustrie Licht und Schatten. Natürlich spüren wir alle die Schwäche in Westeuropa. Doch wenn wir den Blick auf die Weltmärkte richten, dann ist die Bilanz des Autojahres 2012 durchaus positiv. Außerhalb Westeuropas erleben wir eine sehr dynamische Automobilkonjunktur, an der die deutsche Automobilindustrie überproportional teilhat. Der Pkw-Weltmarkt wächst auch 2012 – um rund 4% auf gut 68 Mio. Einheiten. Getragen wird diese Dynamik vor allem vom chinesischen Markt, der um 8% auf 13,2 Mio. Einheiten zunimmt. Ein zweiter Wachstumspfeiler ist der wieder erstarkte Leitmarkt USA, der in diesem Jahr mit einem Plus von 12% auf 14,3 Mio. Einheiten stärker zulegen wird als China. Der US-Markt hat damit seit 2010 sein Volumen um 2,7 Mio. Light Vehicles erhöht und nähert sich mit hoher Drehzahl der 15-Mio.-Marke, die wir für das kommende Jahr erwarten.

Weltmarkt wächst weiter

Besonders erfreulich ist, dass die deutschen Konzernmarken in diesen automobilen Hotspots noch schneller wachsen als ihre Wettbewerber. So haben wir in China unseren Marktanteil in den ersten zehn Monaten von 2012 auf 22% gesteigert – mehr als jeder fünfte Neuwagen, der dort verkauft wurde, trägt ein deutsches Markenzeichen. In den USA wachsen wir bereits im siebten Jahr in Folge schneller als der Markt.

Auch in anderen Regionen haben wir zugelegt. Unser Pkw-Weltmarktanteil beträgt rund ein Fünftel. Allerdings müssen wir auch berücksichtigen, dass nicht alle Hersteller auf allen Märkten präsent sind. Wer sich vor allem auf den westeuropäischen Markt konzentriert, spürt die dortige Nachfrageschwäche natürlich besonders. Neben der globalen Ausrichtung ist es vor allem die konsequente Premiumstrategie, die den Erfolg der deutschen Automobilindustrie ausmacht. Bei Premiumfahrzeugen haben die deutschen Hersteller einen Weltmarktanteil von 80%. Davon profitiert auch die Inlandsproduktion: In den letzten zehn Jahren ist der Premiumanteil an der Inlandsfertigung

von 48% auf 57% gestiegen. Allein bei unseren Herstellern hängt mehr als jeder zweite inländische Arbeitsplatz an Premium. Hinzu kommen viele Beschäftigte bei unseren Zulieferern in diesem Bereich.

Der westeuropäische Pkw-Markt wird im Jahr 2012 voraussichtlich um 9% auf 11,7 Mio. Einheiten zurückgegangen sein. Das sind über 1 Mio. Autos weniger als vor einem Jahr. Im Drei-Jahres-Vergleich – also gegenüber dem Volumen des Jahres 2009 mit 13,6 Mio. Einheiten – hat sich der westeuropäische Pkw-Markt um fast 2 Mio. Fahrzeuge verringert. Mit dem aktuellen Niveau kann niemand zufrieden sein.

Deutschland: Stabilitätsanker für Westeuropa

Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung des deutschen Marktes, der sich bislang als Stabilitätsanker in Westeuropa erwiesen hat, zu bewerten. Die Pkw-Neuzulassungen im Inland werden im Gesamtjahr 2012 bei rund 3,1 Mio. Einheiten liegen. Das entspricht einem moderaten Rückgang von ca. 2% gegenüber dem Vorjahreswert (3,17 Mio. Einheiten).

Auch wenn wir gegenüber der gesamten Entwicklung in Westeuropa recht stabil dastehen, können wir mit diesem Marktergebnis nicht zufrieden sein. Denn die wirtschaftlichen Fundamentaldaten liefern keine eindeutige Erklärung dafür, warum der deutsche Markt so wenig Dynamik aufweist: Wir haben eine weiterhin hohe Beschäftigung in Deutschland, die Einkommensperspektive ist unverändert gut, auch die Konsumneigung zeigt nicht nach unten. Offenbar gilt der alte Satz von Ludwig Erhard heute mehr denn je: Die Hälfte der Wirtschaft ist Psychologie.

Seit über zwei Jahren bestimmt die Schuldenkrise der Eurozone die Schlagzeilen. Dieses Dauerthema drückt die Stimmung und führt zu Attentismus. Wer Tag für Tag schon beim Frühstück mit der Frage konfrontiert wird, ob dieses oder jenes EU-Land noch seine Schulden bezahlen kann – und was die entsprechenden Rettungsmaßnahmen für den deutschen Steuerzahler bedeuten könnten –, der geht

nicht am Nachmittag voller Vorfriede ins Autohaus, um einen Neuwagen zu kaufen.

Prognose für 2013

Angesichts der Unsicherheiten sind Prognosen für das Jahr 2013 mit Vorbehalt versehen. Da wir davon ausgehen müssen, dass die schwierige Lage in der Eurozone auch 2013 anhalten wird, fällt unsere Prognose für den Pkw-Inlandsmarkt ebenfalls verhalten aus: Wir rechnen 2013 mit etwa 3 Mio. Neuzulassungen. Die entscheidenden Kriterien für diese Einschätzung: Wir erwarten 2013 eine weiterhin recht stabile Gesamtkonjunktur in Deutschland. Das Bruttoinlandsprodukt und der private Verbrauch bleiben ebenfalls stabil. Gleiches gilt für den Arbeitsmarkt. Mit Wachstum ist also 2013 im Inland nicht zu rechnen, aber auch nicht mit einem Absturz. Der Gegenwind nimmt jedoch zu. Eines ist gewiss: Das Jahr 2013 wird uns fordern, es wird ein hartes Arbeitsjahr!

Schauen wir auf die internationalen Märkte: Auch im kommenden Jahr wird sich der automobiler Wachstumskurs fortsetzen. Wir erwarten, dass der Pkw-Weltmarkt 2013 die 70-Mio.-Marke ins Auge fassen wird. Dabei wird das Wachstum weiterhin vor allem von den USA und China getragen. Der US-Markt wird 2013 um 5% auf 15 Mio. Einheiten zulegen. Der chinesische Pkw-Markt wächst 2013 um 6% auf rund 14 Mio. Neuwagen. Für Indien rechnen wir mit einem Plus von 7% auf knapp 3 Mio. Autos. Ein ähnlich hohes Volumen erwarten wir auch für Russland. Allerdings bleibt das Automobilgeschäft in Westeuropa weiterhin schwierig. Wir rechnen 2013 mit einem Marktvolumen von 11,4 Mio. Neuwagen, das entspricht einem Rückgang um 3%.

Vor diesem Hintergrund erwarten wir derzeit für das Jahr 2013 eine stabile Pkw-Inlandsproduktion, die um 1% auf gut 5,4 Mio. Einheiten leicht zulegen wird – getragen von der erwähnten Dynamik der außereuropäischen Märkte. Die Exporte werden sich im kommenden Jahr ebenfalls stabil entwickeln und mit 4,15 Mio. Einheiten leicht über dem diesjährigen Niveau liegen.

In der deutschen Automobilindustrie sind derzeit rund 748 700 Mitarbeiter (Stammbeschafteten) beschäftigt. Das sind 18 700 Arbeitsplätze mehr als vor einem Jahr. Bei Automobilherstellern sind rund 424 000 Mitarbeiter beschäftigt (+14 000), bei Zulieferern 293 600 (+4400), die Anhänger- und Aufbautenhersteller haben 31 200 Mitarbeiter (+300). Auch die Zeitarbeit bewegt sich weiterhin auf hohem Niveau. Im Oktober lag die Zahl der Zeitverträge mit knapp 60 000 um rund 10 000 über dem Vorjahreswert. Sie hat sich allerdings seit Mai nicht mehr erhöht. Ein Grund hierfür ist die zunehmende Übernahme von Zeitarbeitern in feste

Arbeitsverhältnisse. Die sich eintrübende Konjunktur macht sich hier nur sehr langsam bemerkbar. Vor dem Rückbau der Zeitarbeit werden die Arbeitszeitkonten der Stammbeschafteten abgebaut. Für 2013 erwarten wir eine weiterhin stabile Beschäftigungslage in unserer Branche.

Nutzfahrzeuge und Zulieferer

Das Nutzfahrzeuggeschäft verläuft deutlich zyklischer als der Pkw-Markt, da es der Investitionsgüter-Konjunktur folgt. Nach einem kräftigen Wachstum 2011 (+18%) wird der Inlandsmarkt für leichte Nutzfahrzeuge (bis 6 t) um 5% auf 229 000 Einheiten zurückgehen. Für das kommende Jahr erwarten wir einen moderaten Rückgang um 2% auf 224 000 Einheiten. Eine ähnliche Entwicklung zeigen die schweren Nutzfahrzeuge (über 6 t): Im Jahr 2011 stiegen die Neuzulassungen im Inland um 21% auf gut 89 000 Fahrzeuge, in diesem Jahr müssen wir mit einem Minus von 11% auf 79 000 Einheiten rechnen. 2013 erwarten wir einen Markt von rund 76 000 schweren Lkw (-4%).

Auch die Zulieferer haben sich trotz des konjunkturellen Gegenwinds gut behauptet. Die Umsätze sind stabil auf Vorjahresniveau. Von der aktuellen Entwicklung der Märkte sind die deutschen Zulieferer – ebenso wie die Fahrzeughersteller – unterschiedlich betroffen: Unternehmen mit Schwerpunkt in der Nutzfahrzeugindustrie müssen Umsatzeinbußen hinnehmen. Dies gilt auch für Zulieferer, deren Kunden hauptsächlich in Westeuropa sind. Manche dieser Zulieferer haben Kurzarbeit angemeldet. Zulieferer, die vor allem für Premiumkunden arbeiten, sind in einer vergleichsweise besseren Situation: Ihre Kapazitäten sind gut ausgelastet, auch Umsatz und Beschäftigung haben sich positiv entwickelt.

Bei einer so unterschiedlichen Entwicklung haben Gesamtzahlen zur Zulieferindustrie nur bedingte Aussagekraft. In den ersten neun Monaten ist der Umsatz stabil, die Beschäftigung hat leicht zugelegt. Allerdings ist zuletzt eine deutliche Beruhigung festzustellen. Globale Orientierung zahlt sich auch in der Zulieferindustrie aus. Viele mittelständische Unternehmen haben in den letzten Jahren erheblich in Auslandsstandorte investiert – übrigens ohne die hiesigen Standorte zu vernachlässigen.

Fazit

Insgesamt können wir festhalten: Im neuen Jahr bleibt die Lage für die Automobilindustrie in Westeuropa herausfordernd. Gleichzeitig profitieren die stark international ausgerichteten deutschen Hersteller vom andauernden Wachstum in den USA, China und weiteren Regionen. In Deutschland bleibt damit auch die Beschäftigung in der Automobilindustrie auf sehr hohem Niveau.

Utz Tillmann

Chemie schafft trotz schwieriger Konjunktur mehr Arbeitsplätze

Die Erwartungen der deutschen Chemieindustrie an das Jahr 2012 haben sich nicht erfüllt. Die Branche musste sich in einem schwierigen konjunkturellen Umfeld, das von einer globalen Wachstumsschwäche, der Staatsschulden- und Währungskrise im Euroraum und – damit zusammenhängend – der Rezession in Südeuropa geprägt war, bewähren. Dem starken Gegenwind durch diese ungünstigen Rahmenbedingungen konnten nur die Exporte nach Übersee trotzen.

Die Produktion chemischer Erzeugnisse sank 2012 um 3%. Dennoch waren die Anlagen mit durchschnittlich 83% noch gut ausgelastet. Der Produktionsrückgang ist vor allem auf das schwache Exportgeschäft mit den europäischen Nachbarländern zurückzuführen. Aber auch das Inlandsgeschäft war rückläufig – die industriellen Kunden haben ihre Produktion gedrosselt und ihre Lagerbestände abgebaut. Nur aus dem außereuropäischen Ausland kamen bis zuletzt positive Impulse.

Die Produktion ging in nahezu allen Bereichen der Chemieindustrie zurück. Bis auf die anorganischen Grundstoffe konnte keine Sparte in Deutschlands drittgrößter Branche das Niveau des Vorjahreszeitraums halten. Besonders deutlich hat sich die Produktion bei den organischen Grundstoffen verringert, und noch etwas schlechter entwickelte sich das Geschäft mit Kunststoffen. Auch Spezial- und Konsumchemikalien rutschten ins Minus. Das Pharmageschäft entwickelte sich im Zickzackkurs. Der Sparzwang in vielen europäischen Ländern machte sich zunehmend auch im Gesundheitswesen bemerkbar. Dadurch blieb die Produktion unter dem – allerdings hohen – Vorjahresniveau.

Steigende Rohstoffkosten im ersten Halbjahr 2012 haben viele Unternehmen dazu veranlasst, die Preise für ihre Produkte anzuheben. Im zweiten Halbjahr kam es zu einer zeitweisen Entspannung auf den Rohstoffmärkten. Wegen der Euroschwäche führte dies jedoch kaum zu einer Kostenentlastung für die Chemieunternehmen. Vor diesem Hintergrund waren chemisch-pharmazeutische Produkte im vergangenen Jahr insgesamt rund 2,5% teurer als ein Jahr zuvor. Nahezu alle Sparten konnten Preiszuwächse verbuchen. Nur die Preise für Arzneimittel waren rückläufig.

Dank der Preissteigerungen konnte der Branchenumsatz konstant bei insgesamt 184,2 Mrd. Euro gehalten werden. Die Schuldenkrise erreichte 2012 das Inlandsgeschäft:

Viele industrielle Kunden haben sich mit Bestellungen zurückgehalten. Der Inlandsumsatz lag demzufolge unter dem des Vorjahres. Im Auslandsgeschäft hat die deutsche Chemie hingegen von der guten Nachfrage der Kunden außerhalb Europas, die das schleppende Geschäft auf dem Kontinent mehr als kompensieren konnte, profitiert. Die Exporte haben im vergangenen Jahr um 5% auf 160,9 Mrd. Euro zugenommen. Die Zuwächse kamen dabei ausschließlich aus Asien, Südamerika und den USA.

Ungeachtet der Konjunkturertrübung haben die Chemieunternehmen im vergangenen Jahr Beschäftigung aufgebaut. Die Zahl der Arbeitsplätze in der Branche stieg um 2%. Die deutsche Chemie beschäftigt aktuell rund 437 000 Mitarbeiter. Sie hat damit in den letzten 24 Monaten über 22 000 neue Stellen geschaffen. Das ist aber kein Trend auf Dauer: Mit einem zusätzlichen Beschäftigungsaufbau ist in diesem Jahr nicht zu rechnen.

Der Beschäftigungszuwachs unterstreicht, dass die Unternehmen ihre langfristigen Perspektiven als gut einstufen und versuchen, schon frühzeitig die besten Talente für sich zu gewinnen. Hinzu kommt die Sorge um einen sich ausweitenden Fachkräftemangel durch den demografischen Wandel.

Perspektiven 2013

Nach einem guten Start ins Jahr 2012 hat die Dynamik der deutschen Chemiekonjunktur immer weiter abgenommen. Dennoch schätzten die Chemieunternehmen die aktuelle Lage trotz der Rückgänge im vergangenen Jahr insgesamt noch positiv ein. Allem Krisengerede zum Trotz hat sich die Branche als widerstandsfähig erwiesen. Ihre Geschäftserwartungen haben sich allerdings eingetrübt. So verschieben sich die Hoffnungen der Chemie auf einen spürbaren Aufschwung immer weiter in die Zukunft.

In der deutschen Industriekonjunktur macht sich zwar die nachlassende Nachfrage aus Europa immer stärker bemerkbar. Dennoch gibt es keinen Grund für übertriebenen Pessimismus. Anzeichen, dass die deutsche Wirtschaft, in eine Rezession steuert, sieht die Chemie nicht. Die Exporterfolge der Industrie, die für das Inlandsgeschäft der Branche entscheidend sind, werden die deutsche Volkswirtschaft auch weiterhin stützen. Das Europageschäft verspricht allerdings sowohl für die Chemie wie auch für die übrigen Industriebranchen in Deutschland wenig

Schwung. Die Reformen, Sparprogramme und Anpassungsmaßnahmen brauchen Zeit, um ihre positive Wirkung auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zu entfalten. Schnelle Erfolge sind nicht zu erwarten.

Von der Nachfrage aus Übersee wird die deutsche Chemie dagegen weiterhin profitieren. Allerdings dürfte die Konjunktur auch außerhalb Europas an Zugkraft verlieren. In den USA bleibt der Aufwärtstrend zwar intakt. Die Erholung ist aber kraftlos und die Nachfrageschwankungen in der Bauwirtschaft werden noch eine Zeit lang anhalten. In Asien schwächt sich die wirtschaftliche Spannkraft etwas ab, und in Südamerika stottert der Konjunkturmotor. Da die Schwellenländer insgesamt trotz verschiedener Dämpfer immer noch eine hohe Dynamik aufweisen, bleibt das Exportgeschäft eine wichtige Säule der deutschen Wirtschaft.

Vor diesem Hintergrund geht der Verband der Chemischen Industrie (VCI) für 2013 von einem Zuwachs der Chemieproduktion um 1,5% aus. Die Erzeugerpreise dürften um 0,5% steigen, der Branchenumsatz dementsprechend um 2% auf 187,9 Mrd. Euro anziehen.

USA bleiben wichtigster Handelspartner

In die USA hat die Chemie 2011 Erzeugnisse im Wert von rund 10,9 Mrd. Euro exportiert. Das entspricht gut 7% der gesamten deutschen Chemieausfuhren. Die Handelsbilanz mit den USA fällt dabei leicht negativ aus: Deutsche Unternehmen haben 2011 Chemiewaren aus US-Produktion im Wert von 11,6 Mrd. Euro importiert, also rund 10% der deutschen Chemieeinfuhren. Dabei handelt es sich, nach Pharmazeutika, vor allem um Fein- und Spezialchemikalien sowie um Kunststoffe.

Auch innerhalb der USA ist die deutsche Chemie stark vertreten. Die Direktinvestitionen belaufen sich dort auf 11 Mrd. Euro. Insgesamt sind 118 Tochtergesellschaften deutscher Chemieunternehmen in den USA aktiv. Zusammen erwirtschafteten sie zuletzt einen Umsatz von gut 42 Mrd. Euro und beschäftigten 69 000 Mitarbeiter. Die enge historische und kulturelle Verbindung mit den USA ist ein entscheidender Erfolgsfaktor für die deutsche Industrie und die Chemie. Beides – sowohl ein starkes Handelsgeflecht als auch eine starke Präsenz im Markt selbst – will die deutsche Chemie ausbauen. Rückenwind aus der Politik ist hierzu jedoch notwendig.

Zwar versucht die EU seit 1990 ihre Wirtschaftsbeziehungen zu den USA zu vertiefen – vorwiegend durch die Angleichung technischer Vorschriften. Die Chemie konnte davon aber bislang nicht profitieren. Im Gegenteil: Der transatlantische Graben im Warenverkehr hat sich für die

Branche deutlich vertieft. Beispiele dafür sind die EU-Chemikalienverordnung REACH oder der Emissionshandel, aber auch die Regelungen zu gentechnisch veränderten Organismen oder Vorschriften zu Kosmetika und Nanomaterialien.

Ein weiteres Problem im transatlantischen Verhältnis sind die Zölle. Die Industriezölle zwischen den USA und der EU sind zwar gering – der Chemie-US-Durchschnittszoll liegt bei 2,25% (ohne Pharma). Wegen des enormen Handelsvolumens führen aber auch niedrige Zölle zu hohen Kosten: Nach VCI-Schätzungen haben europäische Chemieunternehmen 2010 fast 700 Mio. Euro in die US-Staatskasse gezahlt. Umgekehrt führten die USA gut 1 Mrd. Euro nach Brüssel ab.

Chemiezölle erschweren den Zugang zu Märkten

Zölle sind jedoch ein Problem, das über das transatlantische Verhältnis hinausgeht. Sie belasten auch die Exporte der Branche in die Schwellenländer. Hier ist ein Trend auf dem Vormarsch, den Zugang zu den Märkten zu erschweren. In den Schwellenländern werden nicht nur weiterhin Zölle von teilweise mehr als 10% auf den Import chemischer Erzeugnisse erhoben. Immer mehr Staaten führen darüber hinaus Importlizenzen, „Local-Content-Regeln“ oder Exportsteuern ein. Insgesamt werden heute auf exportierte Chemieprodukte aus Deutschland rund 2 Mrd. Euro an Zöllen erhoben. Diese sind unterm Strich von der deutschen Chemie zu entrichten. Deshalb ist die Politik gefordert, sowohl den freien Welthandel als auch die transatlantische Partnerschaft wieder stärker auf die Agenda zu setzen.

Erwartungen an ein Freihandelsabkommen EU-USA

Die deutsche Chemie würde daher ein transatlantisches Abkommen nachdrücklich unterstützen. Ein entsprechendes Vertragswerk muss aber Modellcharakter für künftige multilaterale Regeln haben. Es sollte deshalb drei Ziele verfolgen:

1. Ein transatlantisches Freihandelsabkommen sollte ohne Ausnahme alle Industriezölle abschaffen.
2. Nicht-tarifäre Handelshemmnisse sind ebenso auszuräumen. Hier sollte der Umwelt-, Verbraucher- und Gesundheitsschutz an erster Stelle stehen. Wünschenswert wäre eine gegenseitige Anerkennung mit dem Grundsatz „approved once, accepted everywhere“. Bei neuen Technologien, wie der Nanotechnologie, könnte eine solche Kooperation neue globale Standards setzen. Vorschläge aus der Chemie liegen hierzu bereits vor.

3. Um die WTO nicht zu schwächen, sollten auch andere Staaten dem Abkommen mit seinen hohen Standards beitreten können.

Die EU wäre aber gut beraten, nicht nur nach Westen zu schauen. Aus Sicht der deutschen Chemie sind z.B. Gespräche mit Japan über ein Freihandelsabkommen ein

zweiter wichtiger Baustein für eine europäische Handelsstrategie. Da die Doha-Runde auch in absehbarer Zukunft keine verwertbaren Ergebnisse erzielen wird, müssen bilaterale Abkommen insgesamt stärker in Betracht gezogen werden. In deren Mittelpunkt müssen dann, wie erwähnt, neue Initiativen für offene Märkte und fairen Wettbewerb stehen.

Klaus Mittelbach

Deutsche Elektroindustrie – 2013 wieder moderates Wachstum

Das Jahr 2012 stand auch für die deutsche Elektroindustrie stark unter dem Einfluss der Euro-Schuldenkrise sowie der Abkühlung der globalen Konjunktur. Die um Preisefekte bereinigte Produktion der Elektrounternehmen ist den vorläufigen Berechnungen des ZVEI – Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie zufolge im vergangenen Jahr um 2% zurückgegangen, der Branchenumsatz ebenfalls um 2% auf 175 Mrd. Euro. Dabei haben sich die einzelnen Fachbereiche der Elektroindustrie sehr uneinheitlich in einem breiten Band entwickelt. Die zweite Jahreshälfte verlief insgesamt schwächer als die erste.

Vergessen wir aber nicht: Dem verhaltenen Jahr 2012 sind zwei äußerst dynamische Jahre 2010 und 2011 vorangegangen, in denen die deutsche Elektroindustrie die Produktionsverluste von einem Fünftel aus der 2009er Krise mit Wachstumsraten von 14% und 13% rekordschnell wieder aufgeholt hat. Immerhin war die Rezession 2009 die nach dem zweiten Weltkrieg mit Abstand schwerste in Deutschland. Nach früheren Abschwüngen hat es regelmäßig deutlich länger als zwei Jahre gedauert, bis das Vorkrisenniveau wieder erreicht werden konnte.

Gute Exportentwicklung

Von allen Größen haben sich auch 2012 wieder einmal die Exporte vergleichsweise am besten entwickelt. Insgesamt konnten sie im vergangenen Jahr um 2% auf die Rekordmarke von 161 Mrd. Euro zulegen. Bedingt durch die Eurokrise haben die Ausfuhren nach Europa stagniert. Exportrückgängen in den Euroraum von 4%, vor allem nach Italien (-13%), Spanien (-11%), aber auch nach Frankreich (-6%), standen hier hohe Zuwächse von 5% im Osteuropageschäft gegenüber. Sowohl die Branchenausfuhren nach Amerika als auch die nach Asien haben sich 2012 überdurchschnittlich gut entfaltet. Erstere sind um 9% gewachsen – insbesondere getrieben durch einen 8%igen Anstieg der Exporte in die USA. Die Ausfuhren in den asia-

tischen Raum haben um 7½% zugenommen, obgleich die sonst so erfolgsverwöhnten Elektroexporte nach China 2012 geschwächt haben und nicht über ihr Vorjahresniveau hinausgekommen sind.

Erwähnenswert ist, dass sich die Gewichte im Exportportfolio der deutschen Elektroindustrie kontinuierlich verschieben. Zwar ist Europa auch heute noch der mit Abstand wichtigste Absatzmarkt. Zwei Drittel der gesamten Branchenausfuhren (bzw. 105 Mrd. Euro) werden hier vermarktet, etwas mehr als die Hälfte davon – bzw. rund ein Drittel insgesamt – in der Eurozone. Im Jahr 2000 lag der Anteil der Exporte nach Europa an den gesamten Exporten allerdings noch bei knapp drei Viertel, und die Ausfuhren in den Euroraum machten noch 42% aus. Ähnlich sieht das Bild aus, wenn man die Exporte in die Industrie- und Schwellenländer gegenüberstellt. 2000 wurden noch mehr als vier Fünftel der deutschen Elektroexporte in den Industrieländern abgesetzt und erst weniger als ein Fünftel in den Schwellenländern. Mittlerweile beträgt das Verhältnis schon nur noch zwei zu eins (bzw. 107 Mrd. Euro zu 54 Mrd. Euro). Mit 14% der gesamten Branchenausfuhren gehen heute mehr Exporte in die BRICS-Länder (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) als in die Gruppe der von der Eurokrise besonders betroffenen Länder Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien, deren gemeinsamer Anteil 10% beträgt. Im Ranking der Top-Abnehmer lag China in diesem Jahr bereits auf Platz zwei – hinter den USA und vor Frankreich, das hier über Jahrzehnte regelmäßig den Spitzenplatz innehatte.

Beschäftigte und Investitionen

Ende 2012 waren 848 000 Beschäftigte in der deutschen Elektroindustrie tätig – ein 10-Jahres-Hoch. Seit April 2010 (dem der 2009er Krise geschuldeten Tiefpunkt bei den Beschäftigten) hat die Branche damit fast 50 000 neue Jobs geschaffen. Mehr als ein Fünftel der Beschäftigten sind

Ingenieure, weitere drei Fünftel Fachkräfte. Entsprechend bleibt der Ingenieurs- und Fachkräftemangel für uns eine Herausforderung. Knapp die Hälfte der Elektrounternehmen verspürt ihn der jüngsten ZVEI-Ingenieursumfrage zufolge deutlich. Sieben von zehn Firmen planen deshalb, bis 2014 mehr Elektroingenieure einzustellen als in den Vorjahren.

Die Elektroindustrie hat ihre Investitionen 2012 weiter um 9% auf 6,4 Mrd. Euro erhöht und mit rekordhohen 13,5 Mrd. Euro rund 4% mehr für Forschung und Entwicklung aufgewendet als im Jahr zuvor. Die etwas weiter gefassten Innovationsaufwendungen sind im vergangenen Jahr um 3% auf 15,5 Mrd. Euro gestiegen. Dies entspricht 9% des Branchenumsatzes. Mehr als ein Fünftel aller privaten F&E-Aufwendungen geht allein auf das Konto der Elektroindustrie. Mit einer steuerlichen Forschungsförderung sollte die Politik die F&E-Anstrengungen der Unternehmen, die Grundlage für die internationale Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Wohlstand sind, unterstützen. Die Kapazitätsauslastung ist zuletzt auf 82% gefallen und befindet sich damit etwas unterhalb des langjährigen Mittelwertes von 83%. Der Auftragsbestand liegt mit 2,7 Produktionsmonaten indessen weiter leicht über seinem Langfristdurchschnitt. Neue Investitionen werden derzeit defensiver angegangen, zumal die Elektrounternehmen bei ihren eigenen Abnehmern – insbesondere im Euroraum – hier eine Investitionszurückhaltung verspüren.

Die Auftragseingänge in der deutschen Elektroindustrie sind 2012 8% unter ihrem Vorjahreslevel geblieben. Allerdings hatte es im Jahr davor auch sehr viele und 2012 dann so gut wie überhaupt keine Großaufträge gegeben, so dass 2012 auch statistische Basiseffekte zu Buche geschlagen haben. Zuletzt haben die Orders – insbesondere aus dem Nicht-Euro-Ausland – auch wieder zugelegt.

Ausblick

Was die Stimmungsindikatoren anbelangt, so ist die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage durch die Elektrounternehmen nach etlichen Monaten des kontinuierlichen Rückgangs zuletzt erstmals seit März 2010 per Saldo (aus positiven und negativen Antworten) wieder ins Minus gerutscht. Aber: Sämtliche Erwartungskomponenten, also die allgemeinen Geschäftserwartungen, die Exporterwartungen und die Produktionspläne, sind wieder etwas gestiegen.

Wir sind vorsichtig zuversichtlich, dass die Geschäftstätigkeit in der deutschen Elektroindustrie im Verlauf von 2013 wieder anziehen wird und die – um Preiseffekte bereinigte – Produktion der Branche insgesamt wieder um

1½% wachsen wird. Die Erlöse sollten sich bis Ende dieses Jahres entsprechend auf 177 Mrd. Euro belaufen.

Die Konjunktur in den USA und in China, also den beiden größten Volkswirtschaften der Welt, erholt sich. Nach Jahren der Korrektur und Flaute scheint der US-Immobilienmarkt wieder anzuziehen. Die Kassen vieler international agierender Unternehmen sind gut gefüllt, so dass die Mittel zur Finanzierung von Investitionen – zusätzlich begünstigt durch die extrem niedrigen Zinsen – grundsätzlich vorhanden sind. Die Investitionstätigkeit könnte 2013 nicht zuletzt auch von Nachholeffekten profitieren, denn allein zur Instandhaltung muss früher oder später wieder investiert werden. Strukturell entfällt heute bereits die Hälfte des globalen Investitionsvolumens auf die Schwellenländer. Vor einer Dekade war es erst ein Fünftel. Zudem setzen „Industrie“-Länder wie die USA, aber auch Großbritannien und andere, inzwischen zu einer Re-Industrialisierung an, was entsprechender Erweiterungsinvestitionen bedarf.

Die Prognose steht unter dem Vorbehalt, dass die Politik die drängendsten Probleme anpackt und so die derzeitige allgemeine Verunsicherung abbauen hilft. Die Energiewende in Deutschland muss schnell erfolgreich umgesetzt werden. Hierzu bedarf es der politischen Konkretisierung, um verlässliche Rahmenbedingungen für wachstumsfördernde Investitionen in die Energieerzeugung, -übertragung und -verteilung zu gewährleisten. Im Euroraum müssen die Tragfähigkeit der Schulden und die Wettbewerbsfähigkeit wiederhergestellt werden. Zwar wird es hier keine schnellen Lösungen geben, aber die Weichen müssen durch konsequente Reformen richtig gestellt werden. In den USA muss die so genannte Fiskalklippe endgültig umschiffen werden. Und auch in China muss der Reformstau aufgelöst werden. Zu den gegenwärtigen Risiken zählen die geopolitischen Spannungen im Nahen und Mittleren Osten, die sich auf den Ölpreis und damit auf die Produktionskosten auswirken.

Als exportstarke und globalisierte Branche – neben den Inlandsbeschäftigten sind 659 000 Auslandsbeschäftigte für die deutsche Elektroindustrie tätig, die zusätzliche Erlöse von 111 Mrd. Euro erwirtschaften, und unser Bestand an ausländischen Direktinvestitionen beläuft sich auf 43,4 Mrd. Euro – blicken wir kritisch auf die zunehmenden Eingriffe an den Devisenmärkten mit dem Ziel der Manipulierung bzw. Abwertung von Währungen (Brasilien, Japan, Südkorea, Schweiz) oder die vermehrte Neigung zu protektionistischen Maßnahmen. Gerade in konjunkturell schwierigeren Zeiten ist es aber wichtig, den Freihandel nicht zu beeinträchtigen.

Die mittel- bis langfristigen Perspektiven für die deutsche Elektroindustrie sind und bleiben aufgrund ihrer Innovati-

onsstärke und betriebswirtschaftlich sehr gesunden Verfassung günstig. Die durchschnittliche Eigenkapitalquote der Elektrounternehmen liegt bei 40% und damit zehn Prozentpunkte höher als im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt. Acht von zehn Elektrounternehmen bringen regelmäßig Produkt- oder Prozessinnovationen hervor. 40 Cent jedes in der Branche umgesetzten Euro werden mit Produkt- oder Sortimentsneuheiten erlöst. Und jede dritte Innovation in der Industrie insgesamt erfährt ihren originären Impuls durch uns. Zwischen 1995 und dem Vorkrisenjahr 2008 ist die Elektroproduktion im Mittel um 5% pro Jahr gewachsen. Auf diesen Pfad dürfte die Branche bald zurückkommen. Sämtliche globale Megatrends, die

eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln¹ einmal mit den zehn Schlagworten (1) Globalisierung, (2) Wohlstand, (3) technischer Fortschritt, (4) demografischer Wandel (5) Urbanisierung, (6) Ressourcenknappheit, (7) Klimawandel, (8) Wissen und Information, (9) Investitionen und Infrastruktur sowie (10) Sicherheit umrissen hat, gehen mit enormen weltweiten Herausforderungen einher. Nur mit den zentralen Basis- und Querschnittstechnologien der Elektroindustrie werden sie sich dauerhaft bewerkstelligen lassen!

1 M. Grömling, H.-J. Haß: Globale Megatrends und Perspektiven der deutschen Industrie, IW Analysen, Nr. 47, Köln 2009.

Ralph Wiechers

Maschinenbau behauptet sich in rauem Umfeld

Das Jahr 2012 ist für den deutschen Maschinen- und Anlagenbau insgesamt deutlich besser gelaufen als noch im Frühjahr erwartet. Im Zeitraum von Januar bis Oktober beläuft sich der Zuwachs der Maschinenproduktion auf 2,5%. Hinter dieser Zahl verbergen sich ein bemerkenswert dynamischer Jahresauftakt und tendenziell abnehmende Wachstumsraten, vereinzelt auch Minusraten im weiteren Jahresverlauf. Unterm Strich dürfte die deutsche Maschinenproduktion 2012 um geschätzt 2% real über dem Vorjahreswert liegen.

Beschäftigung: höchster Stand seit 1993

Von dieser vergleichsweise guten, besser als noch zu Jahresanfang erwarteten Entwicklung profitierte insbesondere der Arbeitsmarkt. Im Oktober 2012 standen mit 979 000 festgestellten Mitarbeitern 32 000 zusätzliche Arbeitskräfte in Lohn und Brot als noch ein Jahr zuvor. Der Zuwachs wird zwar durch statistische Sondereffekte etwas verzerrt. So nahm die Zahl der Melder in die Beschäftigtenstatistik zu, weil wie immer im Aufschwung mehr Betriebe bzw. Betriebsteile über die Meldeschwelle von 50 Mitarbeitern rutschten. Weitere Beschäftigtengewinne gehen auf das Konto sogenannter klassifikatorischer Neuordnung, d.h. bislang anderen Branchen zugerechnete Betriebsteile zählen aufgrund des Produktspektrums nun zum Maschinenbau. Doch selbst eingedenk dieser Verzerrungen bleibt es bei einem signifikanten Personalaufbau.

Maschinenausfuhr: viel Licht, aber auch Schatten

Ein wesentlicher Grund für das im Branchenvergleich gute Abschneiden des Maschinenbaus dürfte dessen breite

Aufstellung auf den Weltmärkten für Investitionsgüter sein. Die deutschen Maschinenexporte legten in den ersten zehn Monaten um real 4,5% oder nominal 6,7% zu. In der regionalen Betrachtung gibt es gleichwohl gewaltige Unterschiede.

Als Renner erwiesen sich neben dem stark expandierenden australischen Markt (+52,6%) die OPEC-Mitgliedsländer (+23,6%) und die ASEAN-Staaten (+23,0%). Zuwächse konnten außerdem im Handel mit Kunden auf dem amerikanischen Doppelkontinent verzeichnet werden: Lateinamerika erbrachte trotz eines weitgehend stagnierenden Geschäfts mit Brasilien (+0,6%) ein knapp zweistelliges Plus (+10,7%). Die deutsche Maschinenausfuhr nach Nordamerika (+20,6%) profitierte von den Anstrengungen der USA, den Prozess der fortschreitenden De-Industrialisierung der US-Wirtschaft zu stoppen.

Wohl die dickste Überraschung für zahlreiche Beobachter dürfte das über dem Durchschnitt der gesamten Maschinenexporte liegende Exportwachstum in die EU-Partnerländer sein (+7,0%). Wie schon in den Jahren zuvor handelte es sich hier nicht um eine Einbahnstraße. Während die gesamten deutschen Maschinenimporte um 6,9% zulegten, konnten die Importe aus den EU-Partnerländern sogar um 9,9%, also überproportional expandieren.

Doch wo Licht ist, da ist – leider – auch Schatten: China, die Nummer Eins im Exportranking der deutschen Maschinenhersteller, schwächelte. Das Zurückfahren der Billionen schweren Konjunkturprogramme von 2008/2009 sowie die über weite Strecken restriktive Geldpolitik der chinesischen Notenbank schlugen spürbar auf die Ge-

schäfte mit dem Reich der Mitte durch. Im Zeitraum von Januar bis Oktober 2012 schrumpften die deutschen Exporte von Maschinen, Maschinenteilen und Anlagen um 8,2%. In Anbetracht der Zuwächse der letzten Jahre ist das absolute Exportvolumen sicher noch mehr als auskömmlich. Dennoch ist ein rückläufiges Chinageschäft nach Jahren regelmäßig zweistelliger Zuwachsraten für viele Maschinen- und Anlagenbauer eine gänzlich neue Erfahrung.

Auftragseingang: selektive, zaghafte Erholung

Obwohl sich der Bestelleingang nach seinem Sinkflug bereits Ende 2011 wieder gefangen hatte, reichte es im Vorjahresvergleich bislang nur im September und im Oktober für eine Plusrate. Die für den Sommer erwartete Erholung fiel offenbar zu zaghafte aus. Das liegt insbesondere an den Inlandsorders. Die rückläufigen Wachstumsbeiträge der Ausrüstungsinvestitionen gelten als Achillesferse der deutschen Binnenkonjunktur. Im Ausland hat sich nach einem schwachen Monat August der positive Trend der Bestellungen vor allem dank der Nachfrage aus den Nicht-Euroländern fortgesetzt. Aber auch hier sind die expansiven Signale noch nicht in der Breite der Branche angekommen. Die Nachfrage aus Euro-Partnerländern bremst, ist bislang aber nur leicht ins Minus gefallen.

Insgesamt ist der Auftragseingang weiterhin auf Expansion ausgerichtet. Doch fällt die wirtschaftliche Erholung bislang noch zu selektiv und zu zaghafte aus, um die Maschinenproduktion zügig auf Wachstumskurs schicken zu können. Ohnehin dürfte sie im ersten Quartal 2013 ihr äußerst hohes Vorjahresniveau verfehlen. Dagegen haben die weiteren Quartale des kommenden Jahres durchaus Wachstumspotenzial. Die Prognosen für das weltweite Bruttoinlandsprodukt versprechen Plusraten für 2013. Der OECD-Frühindikator ist im zweiten Monat in Folge gestiegen. Der Einkaufsmanagerindex für China ist wieder im expansiven Bereich angekommen, im Euroraum hat er sich stabilisiert. Das sind grundsätzlich gute Vorgaben für die Maschinenproduktion.

Weltwirtschaftliches Umfeld: verhaltene Dynamik

Impulsgeber bleiben dabei die Schwellenländer. Zwar können sie sich nicht gänzlich von den generell gedämpften Wachstumsperspektiven abkoppeln. Doch immer noch vergleichsweise hohe Wachstumsraten dürften sich im Verein mit exportfreundlichen Wechselkursen sowie einem für Investitionen günstigen Zinsumfeld förderlich auf den Absatz deutscher Maschinenbauprodukte auswirken. Das sollte im Grunde genommen auch für den chinesischen Markt gelten, selbst wenn die mit dem politischen Wachwechsel beschäftigte chinesische Führungsriege

bisher keine Eile zeigt, die heimische Wirtschaft zu stimulieren und verstärkt auf qualitatives Wachstum setzt.

Wesentlich ernüchternder fällt die Perspektive für Europa und insbesondere die Eurozone aus. Abgesehen von ein paar kleineren Ländern wird in der Eurozone wahrscheinlich nur Deutschland einen Zuwachs verbuchen können. Dennoch gibt es berechtigte Hoffnung, dass die Staatsschuldenkrise ihren Zenit überschritten hat. Die negativen Effekte der Restrukturierungen in den europäischen Krisenländern nehmen allmählich ab, auch wenn der Konsolidierungsdruck insbesondere in den Krisenländern hoch bleibt und wichtige politische Entscheidungen noch ausstehen. Positiv wiegt ferner, dass die Ankündigungen der Europäischen Zentralbank und die Aktivierung des Rettungsschirms des Europäischen Stabilitätsmechanismus Wirkung zeigen.

Schwer einzuschätzen ist der US-amerikanische Markt. Der buchstäblich um „Fünf nach Zwölf“ zwischen Demokraten und Republikanern gefundene Kompromiss zur Umschiffung der „fiskalischen Klippe“ ist ein eindrucksvoller Beleg für die begrenzten politischen Möglichkeiten, die Wirtschaft zu stimulieren. Der Erfolg, den deutsche Maschinenbauer mit ihren Produkten nun schon drei Jahre in Folge erzielen konnten, spricht jedoch für einen nicht nur vorübergehenden Willen der US-Industriellen, im eigenen Land wieder mehr zu investieren und mit ihren Produkten wettbewerbsfähiger zu werden.

Maschinenproduktion 2013: Chancen auf zyklische Belebung

Alles in allem dürfte dank einer sich allmählich beruhigenden Eurokrise und leicht besserer Exportaussichten in wichtigen Wachstumsmärkten 2013 eine zyklische Belebung der Nachfrage einsetzen. Entscheidend ist, dass das Vertrauen der potenziellen Investoren, der Maschinenbau-Kunden, in die Lösbarkeit der weltweit vorhandenen strukturellen Probleme zurückkehrt. Entscheidend ist ferner, wie nachhaltig das geschieht. Und es hängt davon ab, wann das geschieht. Je eher und je nachhaltiger, desto größer ist die Chance, dass das im Jahresverlauf einsetzende reale Wachstum der Maschinenproduktion in Deutschland das Minus im ersten Quartal kompensiert, vielleicht sogar überkompensiert. Die VDMA-Prognose für die reale Maschinenproduktion 2013 lautet auf plus 2%.

Hinter diesem Branchendurchschnitt verbirgt sich auf Teilbranchenebene wieder einmal eine breite Spreizung mit Zuwächsen und Rückgängen in teils zweistelligem Bereich. Insofern darf es nicht verwundern, dass zahlreiche Maschinen- und Anlagenbauer angesichts dieses Umfeldes von einem bevorstehenden Aufschwung nicht reden mögen. Das darf jedoch nicht gleichgesetzt wer-

den mit Krisenangst. Der Maschinen- und Anlagenbau ist und bleibt eine zyklische Industrie. Auf- und Abschwünge sind für die in dieser Branche Tätigen insofern etwas ganz Normales. Sie haben gelernt, damit umzugehen, und sind insofern – wie jeder Branchenbeobachter – gut beraten, sich vom mentalen Anker der außergewöhnlich tiefen Rezession des Jahres 2009 zu lösen. Dies umso mehr, weil der deutsche Maschinen- und Anlagenbau weiterhin hervorragende Wachstumsperspektiven hat.

Wirtschaftspolitik: Rahmenbedingungen für Wachstum schaffen

Auch wenn die Euro- und Staatsschuldenkrise scheinbar zum Normalzustand geworden ist, wird das Jahr 2013 und werden die kommenden Jahre herausfordernd. Zumal die Befürchtung, nicht gänzlich ungeschoren davonzukommen, für die deutsche Wirtschaft spätestens im Sommer 2012 zur Gewissheit geworden ist. Wenn Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern dennoch so gut dasteht, dann deshalb, weil es als Industrieland über intakte Wertschöpfungs- und Innovationsnetzwerke verfügt und seine Industrie international höchst wettbewerbsfähig und erfolgreich ist.

Eine entscheidende Rolle dafür, dass das so bleibt, sind gute politische Rahmenbedingungen. Diese müssen verlässlich sein und Raum für unternehmerische Freiheit bieten. Nur eine gute Wirtschaftspolitik eröffnet Wachstumsperspektiven für den Maschinenbau, für die gesamte Industrie, und damit für die deutsche Volkswirtschaft. Staatsverschuldung, Demographie, Energiewende – alle diese Herausforderungen sind ohne Wachstum nicht zu lösen: quantitatives Wachstum, um die Verteilungskonflikte zwischen Staat und Privat, zwischen Jung und Alt zu meistern oder zumindest zu lindern; qualitatives Wachstum, um mit den vorhandenen Ressourcen die zunehmenden Ansprüche einer wachsenden, nach mehr Wohlstand strebenden Weltbevölkerung befriedigen zu können.

Der Staat und die Politik spielen bei der Gestaltung der Wachstumsbedingungen eine wichtige Rolle. Allerdings sollten sie ihren Gestaltungswillen nicht überdehnen. Anzustrebendes Ideal ist sicherlich nicht ein Nachtwächterstaat, aber das andere Extrem – ein allumsorgender und massiv umverteilender Staat kann auch nicht das Ziel sein. Wir brauchen dringend eine neue Balance zwischen Staat und Privat. Wir müssen – auch hier! – den Krisenmodus verlassen und wieder mehr auf Eigenverantwortung der Unternehmen setzen. Viele – auch Unternehmer – haben sich scheinbar an die helfende Hand des Staates gewöhnt, kommen jetzt schwer wieder davon los oder rufen allzu schnell nach ihr. Jedem, der nach staatlicher Unterstützung ruft, sollte sich dessen bewusst sein, dass dieser Ruf gleichzusetzen ist mit einem Mehr an staatlichen Mitteln, um diese vermeintlichen Wohltaten zu finanzieren. Wer also mehr Hilfe des Staates einfordert – in welchen Feldern auch immer – dem gehen die glaubwürdigen Argumente gegen Steuererhöhungen aus.

Dabei ist allein schon die Diskussion über höhere Steuern, seien es Erbschafts-, Vermögens- oder schlicht Reichensteuer, kontraproduktiv für die Investitionsbereitschaft und damit für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie als Grundlage für mehr Wachstum. Insbesondere Substanzsteuern sind gefährlich, denn sie zehren, wie der Begriff schon sagt, an der Unternehmenssubstanz. Nur Unternehmen mit einer stabilen Eigenkapitalbasis können im internationalen Wettbewerb ihre Zukunftsfähigkeit behaupten. Volkswirtschaftlich schädlich ist ein solches Vorgehen erst recht, wenn diese den Firmen entzogenen Investitionsmittel für politische Geschenke und für konsumtive Ausgaben des Staates verwendet werden. Doch selbst wenn der Staat Gelder vermeintlich investiv verwendet, muss kritisch hinterfragt werden, warum ausgerechnet staatliche Entscheidungsträger bessere Projekte auswählen sollten als am Markt agierende Unternehmer. Mittelfristig untergraben wir damit unser Fundament, auf dem Wachstum und Wohlstand generiert werden.

Title: *Economic Expectations of the German Industry for 2013*

Abstract: *Economic forecasts for the German economy expect German GDP to grow by less than 1% in 2013. The expectations of the industry are better still – only the representatives of the automotive industry think their future growth will not be higher than the German economy on average. The construction industry expects growth of 1.5% for 2013, due to a boom in new residential construction. The chemical industry had to hold its own in a difficult economic environment marked by weak global growth, the public debt and currency crisis in the euro zone, and – connected with this – the recession in Southern Europe. According to the recent outlook of the ZVEI, production (adjusted for price) of the German electrical and electronic industry will grow by 1.5% in 2013. Despite a difficult economic environment, the VDMA economists expect further growth in production for machinery and plant manufacturers of 2% in real terms for 2013. The main impulses will likely be set by foreign demand, especially from non-EMU member states.*

JEL Classification: E32, L60